

BRASILIEN

DR. PETER FISCHER-BOLLIN

April 2010

www.kas.de/brasilienwww.kas.de

Brasilien: Wahlszenario zeichnet sich ab

Nach monatelangem Vorgeplänkel lichtet sich nun das Kandidatenfeld für die Nachfolge von Präsident Lula. Die beiden aussichtsreichsten Kandidaten Dilma Rousseff (PT) und José Serra (PSDB) haben sich ihren Unterstützern und der Öffentlichkeit präsentiert. Erste Linien des anstehenden Wahlkampfes zeichnen sich ab.

Die brasilianischen Präsidentschaftswahlen finden ebenso wie die Neuwahlen eines Teils des Senates, des Abgeordnetenhauses, aller Gouverneure und aller Landesparlamente am 3. Oktober statt. Das Wahlgesetz sieht den offiziellen Start des Wahlkampfes mit dem Werben um Stimmen für den 3. Juli vor. Im Juni werden die Kandidaten offiziell nominiert und die Wahlbündnisse formell besiegelt und ins Wahlregister aufgenommen. (weitere Informationen siehe Länderbericht Februar)

Zahlreiche Rücktritte, um den Weg zur Kandidatur freizumachen

Das Gesetz schreibt vor, dass Inhaber politischer Ämter in der Exekutive, die für eines der Wahlämter kandidieren wollen, sechs Monate vor dem Wahltermin zurücktreten müssen, um eine Nutzung staatlicher Ressourcen für den Wahlkampf zu vermeiden. Folglich traten bis zum 3. April zahlreiche Gouverneure und Minister auf Bundes- und Landesebene zurück. Auf Bundesebene bedeutete dies neben dem Rücktritt der bisherigen Chefin des Präsidentschaftsamt, Dilma Rousseff, auch den von weiteren 10 Ministern. Diese wurden teilweise durch ihre bisherigen Vize ersetzt. Auch der Gouverneur von São Paulo, José Serra, trat zurück und entzog damit allen Zweifeln an seiner Präsi-

dentschaftskandidatur für die Opposition gegen das „Lula-Lager“ den Boden.

Dilma – Lulas Kandidatin

Dilma Rousseff, die von Präsident und PT-Übervater Lula ausgewählt worden war, präsentierte sich beim PT-Kongress am 20. Februar in Brasília. Dort wurde sie bejubelt und sagte vor allem zu, die Arbeit Lulas fortsetzen zu wollen. Ihre Rolle als Stellvertreterin für den überaus populären Lula wurde durch die Tatsache unterstrichen, dass dieser sie selbst dem Parteikongress vorstellte. Lula machte sehr deutlich, dass er die Wahl als Abstimmung über seine Politik ansieht. Er will sich gegen seinen Gegner PSDB durchsetzen und seine achtjährige Regierungszeit mit den vorhergehenden acht Jahren des Präsidenten Fernando Henrique Cardoso (PSDB) vergleichen. Schon zuvor hatte die PT an einem Wahlprogramm gearbeitet, das wichtige Themen der Innen- und Außenpolitik abdeckt, die Kontinuität der bisherigen Politik unterstreicht, aber auch weitergehende Forderungen beispielsweise zur Rolle des Staates enthält. Damit möchte sich die PT nicht nur von der Opposition, sondern auch einigen Bündnispartnern abheben. Nach ihrem Rücktritt am 31. März widmet sich Dilma (so die brasilianische Anrede) ganz dem Wahlkampf und hat in der Hauptstadt Brasília ein Haus als Zentrale bezogen. Die Medien berichteten darüber, dass ihr ein monatliches Gehalt als Kandidatin gezahlt werde.

Das Wahlkampfkonzert konzentrierte sich bisher darauf, Dilma an der Seite von Präsident Lula bei der Eröffnung oder Einweihung neuer Gebäude, Häfen, Staudämme, Kraftwerke etc. des Regierungsprogramms zum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BRASIL IEN

DR. PETER FISCHER-BOLLIN

April 2010

www.kas.de/brasilien

www.kas.de

beschleunigten Wachstum (vor allem Infrastrukturmaßnahmen, in Portugiesisch PAC) zu zeigen. Dies wurde bis zum Rücktritt exzessiv betrieben, aber von den Medien sehr kritisch begleitet. Es kam zu Gerichtsverhandlungen über einen Bruch des Gesetzes zum Wahlkampfbeginn, welcher für den 3. Juli vorgeschrieben ist. Diese endeten mit zwei Geldstrafen für Präsident Lula. Lula reagierte darauf mit einer Aussage, die Zweifel an seinem Rechtsstaatsverständnis aufkommen lässt: Bei einer politischen Veranstaltung der PCdoB (Kommunistische Partei) am 8. April sagte er nach diesen Verurteilungen: „Wir können unser Tun nicht den Entscheidungen eines Richters unterordnen.“ Damit provozierte er scharfe Kritik aus der Justiz, den Medien, der Zivilgesellschaft und vom politischen Gegner. Der Tenor lautete, es könne nicht sein, dass sich jemand über das Gesetz erhebe, schon gar nicht der oberste Repräsentant eines demokratischen Rechtsstaates.

Serra – endlich Kandidat

Die Kandidatur José Serras als Vertreter der Opposition war von einigen Zweifeln begleitet worden. Dies vor allem, weil er sich dem Drängen der politischen Freunde verweigerte, seine Kandidatur schon vor der Zeit, also dem notwendigen Rücktritt als Gouverneur von São Paulo zum 3. April, bekannt zu geben. Serra bestand darauf, die Pflichten seines Amtes bis zum letzten Moment zu erfüllen. Auch er nutzte dies allerdings zur Einweihung zahlreicher Infrastrukturprojekte, um sich als Macher zu präsentieren. Ende März sprach er erstmals öffentlich über seine Kandidatur, am 10. April wurde diese bei einem Kongress der ihn tragenden Parteien PSDB, DEM und PPS in Brasília bekannt gegeben. Anwesend waren auch zahlreiche Vertreter der größten brasilianischen Partei PMDB, die formell in Lulas Regierungskoalition integriert ist, aber regional davon abweicht und mit der Opposition kooperiert, sowie der kleinen Partei PSC, die das Lager wechseln will. Serras Mitstreiter waren voller Sorge, die ständige Medienpräsenz der Kandidatur Dilmas könnte dieser einen uneinholbaren Vorsprung in der Wählergunst verschaffen. Serra hat aus heutiger Sicht jedoch Recht behalten: Zwar näherte sich

Dilma in den letzten Monaten in den Meinungsumfragen den Werten Serras an, zuletzt vergrößerte sich der Abstand aber wieder zugunsten Serras. Der Wert solcher Umfragen ist allerdings aufgrund der Situation (noch keine nominierten Kandidaten) stark zu relativieren.

Umstritten war in der Wahlkampfstrategie bis zuletzt, wie man auf den Versuch des Regierungslagers reagieren sollte, die Wahl zum Plebiszit über die Regierungen Lula vs. Cardoso zu machen. Schließlich entschied man sich doch für eine offensive Auseinandersetzung. Die Verdienste Lulas sollen anerkannt, aber auch die Leistungen seines Vorgängers, der vor allem die Wirtschaft stabilisierte und den Grundstein für die Sozialprogramme legte, nicht unterschlagen werden. Deshalb war Cardoso der erste Redner bei der großen Präsentation Serras am 10. April, als sich mehrere tausend Anhänger in Brasília versammelten. Ein weiteres wichtiges Symbol war die Rede des bisherigen Gouverneurs von Minas Gerais Aécio Neves (PSDB), der bis Dezember selbst um die Kandidatur gekämpft hatte. Neves lobte Serra in den höchsten Tönen und stellte sich „an dem von Serra gewünschten Platz“ im Wahlkampf zur Verfügung. Dies regte die Phantasie der politischen Freunde und Beobachter an, weil man allgemein eine Kandidatur Neves als Vizepräsident an der Seite Serras für die aussichtsreichste Kombination hält. Damit würde die Wählerschaft in den beiden bevölkerungsstärksten und PSDB-regierten Bundesstaaten São Paulo und Minas Gerais auf Serra orientiert. Die Entscheidungen in dieser Frage sind aber erst ab Ende Mai zu erwarten.

Serra: „Brasilien kann mehr!“

Inhaltlich stellte Serra in seiner Rede seine soziale Kompetenz und seine einfache Herkunft heraus. Er sieht sich als besten Gestalter für die Politik „Post-Lula“, also jemand, der die positiven Politiken fortführt, aber sich auch in Einigem unterscheidet. Er will vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit und innere Sicherheit mehr tun. Serra wandte sich gegen Versuche, die brasilianische Gesellschaft in Arm und Reich, Nord und Süd zu spalten. In seiner Rede

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BRASIL IEN

DR. PETER FISCHER-BOLLIN

April 2010

www.kas.de/brasilien

www.kas.de

erwähnte Serra die Rolle des demokratischen Rechtsstaates und betonte, dass niemand über dem Recht stehe. Ohne Lula zu erwähnen, stellte er ebenfalls klar, dass Länder, die politische Gegner aufhängten (Iran) oder im Gefängnis verhungern ließen (Kuba) im Gegensatz zur aktuellen Regierung für ihn keine demokratischen Partner seien. Insgesamt stellte sich Serra als Kandidat der Kontinuität dar, der das Potenzial Brasiliens besser ausschöpfen will. Sein Slogan lautet daher: „Brasilien kann mehr!“

Ethik und Moral als Wahlkampfthema

Dilmas Kandidatur ist auch aus einer anderen Richtung im Bezug auf Ethik und Moral in der Politik unter Druck geraten: Eine Initiative der katholischen Bischofskonferenz (CNBB) und der brasilianischen Rechtsanwaltskammer (OAB) hat in den vergangenen Monaten über 1,6 Millionen Unterschriften zur Änderung des Wahlgesetzes gesammelt, um zukünftige Kandidaturen von Vorbestraften zu verhindern. Konkret sollen Personen nicht mehr kandidieren dürfen, die in erster Instanz wegen eines Vergehens gegen das Leben, Amtsmissbrauch, Diebstahl von Volksvermögen, Drogenhandel o.ä. verurteilt oder bei einem höherrangigen Gericht angeklagt sind. Die Unterschriften wurden Anfang April im Kongress übergeben. Dort gab es zunächst große Zustimmung zu dem Vorhaben, die aber dann im Detail relativiert wurde. Nun stellt sich die Lage so dar, dass aus den wichtigsten Regierungsparteien Bedenken kommen, die zu einer Vertagung (evtl. auf den „Sankt Nimmerleinstag“) führen könnten. Die Opposition hält sich zurück, obwohl auch dort viele Abgeordnete Bedenken haben. So ist für Dilma die missliche Lage entstanden, das eigene politische Lager in Widerspruch zur organisierten Zivilgesellschaft zu bringen, die Trägerin dieser Initiative ist. Diese zählt jedoch zu den starken Stützen von Lulas Partei PT und seiner Regierung.

Ausblick

Die nächsten Monate bis Juli werden davon bestimmt sein, die jeweiligen Wahlallianzen einerseits auf Bundesebene, aber vor allem auf der Ebene der 27 Staaten zu schließen.

Für die beiden wichtigsten Kandidaten liegt dort eine enorme Herausforderung, weil ihre Lager nicht homogen sind. Die stärkste Partei Brasiliens PMDB sucht beispielsweise den Schulterchluss mit Dilma auf Bundesebene und will aber in wichtigen Bundesstaaten wie São Paulo PSDB-Kandidaten unterstützen. Im Lager Serras ist DEM ein Unsicherheitsfaktor: Die Partei hat sehr unter dem Korruptionsskandal in der Hauptstadt Brasília gelitten (s. Länderbericht Februar) und geht in einigen Bundesstaaten (z.B. Rio) abweichende Wege von PSDB.

Dilma wird für den Erfolg mehr eigenes Profil vorweisen müssen. Bei aller Lula-Begeisterung im Lande scheint der Segen des Präsidenten bisher nicht auszureichen, um das Vertrauen der Bevölkerung für die Führung des Landes in den kommenden vier Jahren zu gewinnen. Hinderlich dürfte für sie die fehlende politische Erfahrung in Wahlämtern sein, da sie zum ersten Mal für eine solche Wahl antritt.

Für Serra dürfte die größte Herausforderung darin liegen, sich von der Regierung Lula soweit abzuhaben, dass ihm eine (noch) bessere Regierung zugetraut wird, ohne einen Bruch mit den Erfolgen der vergangenen Jahre anzukündigen. Eine echte Wechselstimmung gibt es in Brasilien nicht. Serras Pluspunkt im Vergleich zu Dilma ist eben seine langjährige politische Erfahrung als Abgeordneter, Bundesminister, Oberbürgermeister von São Paulo und zuletzt Gouverneur von São Paulo.

Offen ist noch die Rolle der beiden möglichen weiteren Kandidaten, Ex-Umweltministerin Marina Silva (Grüne Partei, PV) und Ex-Bundesminister Ciro Gomes (PSB): Es ist unwahrscheinlich, dass sie einen zweiten Wahlgang erreichen können, aber sie könnten Dilma bzw. Serra wichtige Stimmen im ersten Wahlgang entziehen und sie einer möglichen Stichwahl diesen durch Wahlunterstützung teilweise zuschlagen.